Danziger Dampfboot.

№ 70.

Mittwoch, den 24. März.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abonnementspreis hier in der Expedition Portechaisengasse Nr. 5.
wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



1869.

40ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr.
Inserate nehmen für uns außerhalb an:
In Berlin: Retemeyer's Centr.-Ztgs. u. Annonc.-Büreau.
In Leipzig: Eugen Fort. H. Engler's Annonc.-Büreau.
In Breslau: Louis Stangen's Annoncen-Büreau.
In Hamburg, Frankf. a. M., Berlin, Leipzig, Wien u. Basel: Haasenstein & Vogler.

☞ **Die geehrten Abonnenten des Danziger Dampfboots werden ersucht, ihre Bestellungen auf dasselbe für das zweite Quartal 1869 hier wie auswärts mit 1 Thlr. erneuern zu wollen. — In unserer Expedition kann auf das Blatt auch pro April mit 10 Sgr. abonnirt werden.**

Telegraphische Depeschen.

Paris, Dienstag 23. März.

In der gestrigen Sitzung der Legislative wurde das gesammte Contingentsgesetz mit 188 gegen 13 Stimmen und ebenso das Interpellationsgesuch von Picard genehmigt. Hierauf vertagte sie sich bis zum 31. März.

— Das heutige „Journal officiel“ veröffentlicht die belgisch-französischen Deklarationen. Dieselben entsprechen den bereits darüber verlautbarten Mittheilungen.

Brüssel, Dienstag 23. März.

Der Zustand der Kaiserin Charlotte flößt andauernd lebhafte Besorgniß ein.

London, Dienstag 23. März.

Reuters Bureau meldet aus Alexandria vom 22. d. M.: Der Prinz von Wales hat seinen Reiseplan geändert, er wird noch 3 Tage in Cairo bleiben, um dem Beiramsfeste beizuwohnen, und sich dann nach Suez, Port Said und Alexandria begeben, wo er sich nach Konstantinopel einschiffen wird.

Madrid, Dienstag 22. März.

Bei einer gestern Abends gegen die Conscription gerichteten Manifestation waren etwa 200 Frauen betheiligt. Dieselbe fand vor dem Cortespalast statt, wo mehrere Reden gehalten wurden und zahlreiche Neugierige herbeigeströmt waren. Der Arbeitsminister theilte mit, daß Castellar und Figueras die Menge zum Abzuge aufforderten, daß jedoch die anderen Deputirten dieselbe zum Eindringen in den Sitzungssaal ermuthigten, unter dem Vorgeben, daß die Minorität alsdann die Abschaffung der Conscription durchsetzen werde. Der Kriegsminister ertheilte dem Commandanten von Madrid, Uslansbosch, den Befehl, die Freiwilligen der Freiheit und die Truppen herbeizuholen, um den Deputirten die ungestörte Berathung zu ermöglichen. Der republikanische Deputirte, Garcia Lopez, bekämpfte die Conscription und mißbilligte jede tumultuarische Manifestation. In Folge dessen war auf den Bänken der Minorität große Erregbarkeit bemerkbar. Während der Rede Garcia's traten die Minister zu einer Berathung zusammen.

— In Barcelona fanden gestern Manifestationen zu Gunsten der Schutzzölle statt. In Granada und Malaga wurde gegen die Conscription demonstrirt. Die Ordnung ist jedoch nirgends von Neuem gestört worden.

Politische Rundschau.

Der preußische Finanzminister wird mit seinen auf Mehr-Einnahmen zielenden Bestrebungen im norddeutschen Reichstag diesmal voraussichtlich besseres Glück haben, als im Anfang vorigen Sommers im Zollparlament. Für ihn spricht zunächst das mächtige Ueberredungsmittel, ein thatsächlich erwiesenes Deficit; dann aber auch die diesmal getroffene Wahl der Mittel zur Herstellung des financiellen Gleichgewichts.

Sämmtliche noch bestehende Portofreiheiten sollen aufgehoben und die Besteuerung des Branntweins um ein Drittel erhöht werden: das erwartet Herr v. d. Heydt vom Reichstag, vorbehaltlich einer weiteren Auseinandersetzung mit dem Zoll-Parlament. Die erstere Maßregel wird, wie man anschlägt, zwei Millionen mehr einbringen, — die letztere viertehalb Millionen. Da aber das preußische Deficit allein schon für 1869 auf sieben Millionen berechnet wird, so bleibt offenbar auch für das Zollparlament noch etwas zu thun übrig. Und da das Zollparlament im Allgemeinen einigermaßen unberechenbar ist, insbesondere aber nicht ohne Grund sehr abgeneigt, zur Gewinnung von Mehr-Einkünften für Kassen, über die es keinerlei Controle hat, die Hand zu bieten, so wird sich der Reichstag um so weniger der Pflicht entziehen können, auf die an ihn gestellten Forderungen einzugehen oder andere, zweckmäßigere Wege zum Ziele nachzuweisen. Das Letztere möchte ihm, falls er sich zu dieser Alternative entschlösse, sauer werden.

Die Aufhebung der Portofreiheiten ist nicht allein den Bundesfinanzen zuträglich, sondern auch an sich erwünscht. Sie schafft Privilegien, Exemtionen ab, die in unserm Jahrhundert einen üblen Geruch haben. Insofern sie die Correspondenz der Behörden trifft, kommt sie allerdings einer Belastung der Einzelstaaten zu Gunsten des Bundes gleich und hat daher, was Preußen betrifft, nicht den vollen Werth einer anderweitigen Erleichterung der Bundesfinanzen, welche auf Kosten der steuerzahlenden Bevölkerung erfolgt und den Matricularbeitrag entsprechend ermäßigt. Allein einigen Werth hat sie selbst unter diesem Gesichtspunkt; sie wird zu einem sparsamen Umgehen mit den Diensten der Post führen und wohl auch einem gewissen glimpflichen Mißbrauch der Stellung der Behörden zur Post ein Ende machen. Die zweite große Gruppe von Portofreiheit, welche noch existirt, besitzen allerhand wohlthätige und gemeinnützige Vereine. Unsere Volksvertreter werden hoffentlich aufgeklärt genug sein, auch über sie ohne überflüssiges Bedauern zur Tagesordnung zu gehen. Insofern jene Vereine armenpflegerischer Natur sind, gilt schon lange nicht mehr der Satz, daß man für die Armen nicht genug thun könne, nämlich an baaren Almosen, sondern umgekehrt, daß an ihnen viel zu viel durch bloße Almosenspenden gesündigt wird; und es wäre Zeit, daß man im Allgemeinen aufhörte, jedes Stück Geld ohne Herrn „den Armen“ zuzuschleudern, als verdienten diese unglücklichen Mitmenschen nichts besseres. Insofern es mehr gemeinnützige Vereine sind, sollen die, welche sich an ihnen thätig oder zahlend betheiligen, eben auch für das Porto aufkommen. Die allgemeine Bettelei beim Staate ist keine besondere Zierde sogenannter gemeinnütziger Bestrebungen. Sie dient, wenn sie wie bisher Erfolg hat, auch nicht dazu, die Hingebung der Theilnehmer zu erhöhen, sondern lähmt sie. Verweist man sie auf ihre eigenen Hilfsquellen, so werden sie deren ungeahnte bei sich und Anderen entdecken, zum Vortheil auch des geistigen Theils ihrer Vereinsaufgaben.

Die Erhöhung der Branntweinbesteuerung, welche neben der facultativen Einführung der Fabrikatsteuer neben der jetzt bestehenden Maischsteuer vorgeschlagen werden soll, regt die Interessenten mächtig auf. Sie werfen sich in eine hitzige Agitation, um den drohenden Schlag womöglich noch abzuwehren. Man kann ihnen das keinen Augenblick verdenken; aber helfen wird es wohl nicht. Wenn irgend ein volksthümliches Genußmittel besteuerungswerth erscheint, so sind es die spirituösen Getränke. Darum wird man noch nicht das mit ihrer Production beschäftigte Gewerbe durch eine jähe Maßregel tödtlich treffen wollen. Indessen dürfte der Nachweis, daß ein Drittel Steuer mehr einer erheblichen Zahl von Brennereien den Fortbestand abschneiden werde, schwer zu liefern sein. Und sehr bündig müßte er jedenfalls geliefert werden, um einer Mehrheit im Reichstage unter den Umständen, welche vorliegen, die Erhöhung ihrer Zustimmung verweigern zu machen; denn hinter der Ablehnung dieses Mittels zur Deckung des Deficit's erheben sich Berge, die noch viel steiler und rauher zu erklimmen sind: höhere Tabaksbesteuerung, veränderte Zuckerbesteuerung, Einfuhrzoll auf Petroleum u. dgl., die außerdem mit den gebundenen Gliedern des Zoll-Parlaments anstatt mit den freien und rüstigen des Reichstages erklommen werden müßten. —

Nachdem Schriftsteller und Zeitungen, welche mehr oder weniger im Solde der depossedirten Fürsten stehen, oder doch diesen sich gefällig erzeigen, um nur die preußische Politik anzutasten, zu verdächtigen und wo möglich zu vernichten, seitdem sogar angeblich deutsche Offiziere und angeblich deutsche Blätter den Nachweis zu führen anfangen, Süddeutschland stehe ganz hilflos da und kaum Preußen sei im Stande, sich gegen einen französischen Angriff zu vertheidigen, so erheben sich diejenigen Pariser Organe, welche die Rheingrenze für Frankreich gewinnen wollen, und setzen die Nothwendigkeit auseinander, daß eine solche Grenzregulirung so bald als möglich eintrete. Deutsche sind es, welche das Wiederauftauchen der französischen Eroberungslust veranlassen, und während einzelne Franzosen und Franzosenfreunde die Uneigennützigkeit unserer Nachbarn schildern und nur die edle Bereitwilligkeit, Deutschland vom preußischen Joche zu befreien, vor Augen führen, kommen die echten Franzosen und rufen, wie Emil de Girardin: „rien à demi!“ Keine einfache Grenzregulirung, sondern gleich die volle Rheingrenze, Frankreich müsse sie haben, England werde nichts dawider einwenden. Wer kann es diesen Männern verargen, wenn ihnen von deutschen Federn versichert wird, daß man sich nach der französischen Befreiung sehnt! In dieser bösartigen Geschäftigkeit einigen sich süddeutsche Demokraten, baiersche Ultramontanen, welfische Theologen. Immerhin ist es als eine erfreuliche Erscheinung zu betrachten, daß in Paris selbst so manche Stimmen sich für Erhaltung des Friedens erheben und einen Krieg gegen Preußen als eine durchaus nicht so leichte und äußerst bedenkliche Sache auffassen, so daß diese jene deutschen Aufwiegler beschämen, denn daß bei den Franzosen irgend welche Sympathie für die depossedirten Fürsten oder die lutherischen Unionsfeinde herrsche, ist nicht zu denken. Der Gegensatz der deutschen Vaterlandsfeinde und der Franzosen ist der, daß Erstere die Vernichtung Preußens predigen, Letztere hingegen gegen die Vergrößerung Preußens, allenfalls sogar mit Hinzufügung Süddeutschlands, gar nichts einzuwenden haben, wenn nur etwas für Frankreich abfällt. Wenn Frankreich die Rheingrenze gewinnt, so mag Preußen das ganze Deutschland annectiren, und indem die Franzosen sich so aussprechen, zeigt sich noch deutlicher, wie lügenhaft die Feinde Preußens in Deutschland vorgehen. Allerdings erhält Frankreich die Rheingrenze nicht, allerdings wird Preußen kein Opfer für die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit Deutschlands scheuen; allein es wird keine uneigennützigen Franzosen bekämpfen,

wie sie uns im Bulletin international und bei den Demokraten und welfischen Unionsfeinden geschildert werden, sondern eben die eroberungslustigen, welche nebenbei weder demokratisch noch welfisch denken, sondern nur egoistisch. Wer ein Stück Deutschland dem Auslande abgeben will, ist ein Verräther, (wir begreifen kaum, wie die Regierungen die Aeußerungen solcher Organe gestatten!) um so mehr, als die Feinde Preußens vom Auslande nichts erreichen, denn die Franzosen denken nur an Selbstvergrößerung, nicht an jene Vernichtung Preußens, welche von den deutschen Verschwörern gepredigt wird.

Wir sind in der Lage zu versichern, daß, wenn Louis Napoleon seine unbedachten Schritte in der belgischen Angelegenheit zurück thut, er dazu einen ganz ausgezeichneten Grund hat. Auf Beschluß des englischen Ministeriums hat Lord Clarendon der belgischen Regierung seinen Beistand in der streitigen Eisenbahnsache versprechen müssen und dabei nur die Bedingung gestellt, daß Belgien Frankreich alle billigen Zugeständnisse in Bezug auf Tarifpositionen und andere Verkehrserleichterungen mache. Diese Thatsache könnte allerdings einen hitzigeren Mann zum Stutzen bringen, als den Kaiser Napoleon. Was aber soll man nachgerade von einer „gekrönten Vorsehung“ zu halten anfangen, die sich aus schierem Mangel an Calculationsfähigkeit solcher Zurückweisungen aussetzt? —

Locales und Provinzielles.

Danzig, den 24. März.

[Stadtverordneten-Sitzung am 23 März.]

Vorsitzender: Herr Commerzienrath Bischoff. Magistratsmitglieder: die Herren Geheime Rath v. Winter, Bürgermeister Dr. Lintz, Stadträthe Licht und Rickert. Herr Bischoff verliest zwei bezüglich der Canalisirungsfrage eingegangene Anträge: 1) den des Herrn Breitenbach: die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, dem Vertrage zwischen dem Magistrat und Herrn Aird ihre Zustimmung bis dahin zu versagen, bis a: durch ein von der Königl. Regierung genehmigtes Statut alle Hausbesitzer verpflichtet worden sind, sich an das Sielsystem auf ihre Kosten anzuschließen; b: die Kosten für die Umpflasterung der Stadt und die Höhe der den unbemittelten Hauseigenthümern Behufs ihres Anschlusses an das Sielsystem zu gewährenden Vorschüsse festgestellt worden; c: mit Genehmigung der Königl. Regierung die Kosten der Canalisirung als eine Last der ganzen Kommune angesehen worden und der Modus, nach welchem die Zinsen und die Amortisationskosten der zu machenden Anleihe aufgebracht werden sollen, festgestellt sind. 2) den des Herrn Damme: ich gebe nur unter der Bedingung die Zustimmung zu dem qu. Vertrage, daß Herr Aird den Betrieb der Pumpstation so einrichtet, daß kein Geruch entsteht und die Anwohnenden nicht dadurch belästigt werden. Herr Breitenbach motivirt seinen Antrag wie folgt: zu a: Ich glaube wohl, daß die Vernunft dahin führen wird, daß die Hauseigenthümer sich an die Wasserleitung anschließen werden, ich bin aber der Ansicht, daß nicht aus gleichem Grunde der freiwillige Anschluß an das Sielsystem zu erwarten steht. Wird der Anschluß nicht obligatorisch, so wird der Zustand ein viel schlechterer werden, als wir ihn bisher gehabt haben, es wird die Belästigung der Geruchsnerven und des Gesichts stärker wie früher werden. Er glaube, daß auch der Anschluß an die Wasserleitung obligatorisch sein müsse, habe aber aus dem schon angeführten Grunde den Antrag darauf nicht gerichtet; zu b: Wenn es sich darum handelt, einen Stall zu bauen, dann wird die größte Vorsicht angewendet, der Anschlag muß alle Stadien durchlaufen, ehe er vor die Stadtverordneten-Versammlung kommt, und dies ist ein Grundsatz, welcher nicht außer Acht gelassen werden darf. Aber um wie viel mehr müssen wir nicht bei einer so hochwichtigen Sache wie die vorliegende uns ein Bild von den Kosten machen, welche wir zu zahlen haben. Die Umpflasterung der Stadt wird einen Aufwand von 200,000 Thlrn. erfordern, diese Summe, auf 4—5 Jahre vertheilt, macht jährlich ca. 50,000 Thlr.; außerdem wird sicherlich eine Summe von 100,000 Thlrn. hinzutreten, welche die Stadt den einzelnen bedürftigen Hausbesitzern zum Anschluß an das Sielsystem zu gewähren hat. Dies sind Ausgaben, welche neben den Kosten der Verzinsung und Amortisation der aufzunehmenden Anleihe nicht zu erschwingen sein werden, wenn nicht die nöthige Vorsorge für den obligatorischen Anschluß getroffen wird. Wir müssen, ehe wir ein so großes Werk beginnen, uns klar werden, ob wir, bei den vielen andern Ausgaben, auch diese dem Bürger auflegen können; zu c: Wir haben uns längere Zeit über die Zweckmäßigkeit und den Nutzen der Schwemmsiele beschäftigt, und haben nach allen Seiten hin die Erfahrungen über die Benutzung des Sielwassers in Erwägung gezogen, aber wir haben bei Erwägung dieser Fragen uns von der Hauptfrage fern gehalten: wer bezahlt die Kosten? Sie werden mir antworten: „Nun die Stadt Danzig bezahlt.“ Ist das denn aber wirklich so? bedenken Sie das recht. Sie schaffen eine Societät für die innere Stadt und schließen dabei Petershagen, Sandgrube, Schwarzes Meer, Olivaerthor, Langefuhr aus. Es ist nur die innere Stadt, welche sich an das Siel anschließt, werden Sie diesen Stadttheilen, welche gar keinen Nutzen von dem Sielsystem haben, mit zu den Kosten heranziehen können? Sie werden mir zwar sagen, daß es mit der Errichtung der Gasanstalt und der Feuerwehr eine gleiche Bewandtniß hat, indeß ist mit diesen Exemplificationen nichts gethan. Als Compensation für die Beitragspflichtigkeit zu diesen Einrichtungen thaten wir etwas; wir gaben den Vorstädten bessere Lampen und verbesserten ihre Löschanstalten. Nun frage ich Sie aber, welche Compensation gewähren Sie den Außenstraßen und Vorstädten bei einem so wichtigen und kostspieligen Werke? Mögen Sie Gesundheits- und ästhetische Rücksichten beleuchten, sie werden aber dennoch keine Compensation finden. Auch dann nicht, wenn Sie behaupten, wir sind alle verschmolzen zu einer Gemeinde, wir sind ein Hauptkörper, welcher gleiche Lasten tragen muß; der Vortheil der innern Stadt ist nicht auch der der Vorstädte. Ist dies aber der Fall, dann ist die von uns bisher aufgestellte Rechnung eine trügerische. Ich meine, daß Sie die Vorstädte nicht in Mitleidenschaft ziehen können, mindestens ist es sehr bedenklich, die Vorstädte an den Kosten der Canalisirungs-Anleihe partizipiren zu lassen. Es sind keine sogenannten juristischen Düfteleien, was ich Ihnen sage, es sind dies die Gedanken eines schlichten Mannes. Ich stelle hiernach den Antrag, den Magistrat zu ersuchen, mit Ausführung der drei Punkte schleunigst vorzugehen und zu diesem Zwecke ein Statut zu entwerfen und der Regierung zur Genehmigung vorzulegen. Zu diesem Zwecke wird eine zweimonatliche Vertagung des Projekts ausreichend sein. Nehmen Sie den Vertrag an und wollen später das Statut feststellen, so setzen Sie sich der Lage aus, daß die Regierung dazu ihre Genehmigung versagen könnte, und das ist dann ein sehr gefährlicher Zustand. Ich bin Anhänger des Projekts und wünsche die Ausführung desselben, aber ich will eine Basis haben, auf welcher ich vorgehe. Für meinen Antrag können und müssen alle Freunde der Canalisirung sein. Dies sind meine Motive. Herr Damme: Ich habe meinen Antrag auf Anregung der Bewohner von Brabank gestellt, und obgleich ich mit Herrn Aird darüber Rücksprache genommen und er mich in dieser Beziehung vollständig beruhigt hat, so hielt ich es doch für angemessen, zur Beruhigung der Bewohner von Brabank diesen Antrag zu stellen. Herr v. Winter freut sich den Damme'schen Antrag acceptiren zu können, Herr Aird werde sich eine darauf gerichtete Klausel in dem Vertrage gern gefallen lassen, es thue ihm aber leid, den Antrag des Herrn Breitenbach nicht ebenso beantworten zu können. Wenn Herr Breitenbach, wie er sagt, ein ehrlicher Anhänger der Canalisation ist, dann müsse er auch den Contract so annehmen, wie er vorliegt und die Ablehnung desselben nicht in eine weniger auffallende Form einkleiden, denn die Herausschiebung der Annahme des Contracts auf eine unbestimmte Zeit komme einer Verneinung ganz gleich. Herr Aird sei nur bis zum 31. d. Mts. an seinen Offerten gebunden, und habe derselbe ihm gegenüber es abgelehnt, auch nur noch zwei Monate über den 31. März hinaus an seinen Offerten festzuhalten. Er habe den Wasserleitungs-Vertrag bis zum 15. Decbr. d. J. auszuführen. Aber selbst wenn wir ihm 2 Monate über diesen Termin hinaus die Erfüllung des Vertrages prolongiren wollten, so sei er dennoch nicht im Stande, noch zwei Monate auf unsere Entschließung zu warten, er habe sich die Röhren aus England kommen lassen, seine Techniker seien auf dem Wege hieher, und habe er alle Anordnungen getroffen, um in nächster Zeit mit aller Energie vorzugehen. Er würde, wie er es nachgewiesen hat, viele Tausend Thaler Verlust erleiden. Außerdem seien die bevorstehenden beiden Monate die günstigsten; nehmen Sie ihm diese, dann sei es eben so viel als hätte er 8 Monate verloren, denn was bereits gethan und angeordnet ist, könne unmöglich zurückgenommen werden, ohne die bedeutendsten Verluste zu erleiden. Außerdem würden wir schwer einen Unternehmer finden, welcher unter den gestellten Bedingungen die Ausführung des Projekts übernimmt und uns solche Garantie wie jener leistet. Wir seien außerdem gar nicht in der Lage, eine s. g. Doktorfrage (Breitenbach'scher Antrag ad c.) der Regierung vorzulegen, wir müßten eine konkrete Bestimmung in dem Statut aufnehmen. Bei seiner Anstellung in Danzig habe sich eine eingesetzte Gesundheitscommission mit der Frage beschäftigt, wie den hiesigen mißlichen Zuständen abzuhelfen sei. Von ihr seien verschiedene Anträge auf Abfuhr und Errichtung einer Poudrette-Anstalt gestellt, er — W. — habe diese modificirt und die Canalisirung und Entfernung der Straßentrummen beantragt. Die Regierung habe unser Fortschreiten in dieser Frage mit großer Aufmerksamkeit verfolgt und wir könnten überzeugt sein, daß alle unsere Anträge, welche die Ausführung des Projekts nothwendig zur Folge haben müßten, von der Regierung bereitwilligst genehmigt werden würden. Herr Breitenbach befürchtet zwar, daß ein von uns nach der Annahme des Kontrakts entworfenes Statut nicht die Genehmigung der Regierung erhalten könnte, wodurch wir uns in einen gefährlichen Zustand versetzen würden, indessen schlimmer könne der Zustand nicht werden; Danzig ist gegenwärtig eine Kothgallerie. Die Nothwendigkeit, unsere Stadt zu pflastern, liegt so wie so vor und hätte er — W. — in dieser Beziehung längst die Initiative ergriffen, wenn er sich nicht gesagt hätte, daß es nicht räthlich sei, jetzt schon damit vorzugehen, diese Frage gehöre gar nicht in die Berathung, erst müßten unsere Vorbauten beseitigt sein, um ein Profil für unsere Straßenlage zu gewinnen, und dies könne kaum in 4 bis 5 Jahren geschehen. Aber Herr Aird nehme uns schon einen großen Theil der Pflasterung, namentlich in den engen Straßen ab, welche er ganz aufreißen, also auch wieder neu pflastern müsse. Von den an die Hausbesitzer zu leistenden Vorschüssen machten wir uns eine zu große Meinung. Dafür spreche ein Beispiel in Halle, welche Stadt für die bedürftigen Bürger zum Anschluß an die Wasserleitung 50,000 Thlr. ausgesetzt hatte und welche Summe nur bis zur Höhe von 3000 Thlrn. ausgegeben wurde. Ganz selbstverständlich sei es, daß die ganze Commune die Lasten der Canalisirung tragen müsse, „denn wenn Sie als Vertreter der Commune Ihr Ja aussprechen, so haftet die Commune auch für denjenigen, welcher uns das Geld zum Bau als Anleihe giebt.“ Ob wir die Vorstädte in das System hineinziehen oder nicht, das das sei ganz unerheblich. In Langefuhr ꝛc. könnten wir nicht canalisiren, aber bezüglich der Vorstädte außerhalb der innern Thore sei es nur eine Frage der Zeit, darauf sei auch bereits Bedacht genommen und das Maximum der Kosten dafür betrage 80,000 Thlr. Wollen wir die Anlage auf diese Stadttheile ausdehnen, dann würde es unsere Aufgabe sein, zu berathen, ob wir dieses Geld gleich mit in die aufzunehmende Anleihe einschließen. „Vergleichen Sie einmal das, was uns die Vorstädte kosten und was sie einbringen; sie können nicht einmal ihre Schulden selbst unterhalten.“ Alles Uebrige müsse die Stadt gewähren. „Ist das keine Compensation?“ Auch der Modus über die Aufbringung der Zinsen der Anleihe kann nicht Gegenstand unserer jetzigen Berathung sein, sondern nur, daß die Commune die Mittel dazu habe, und das sei bereits ausgesprochen worden. Alles Uebrige könnten wir später bei ruhigem Geiste uns klar machen. „Erst lassen Sie uns beschließen, zu handeln, und dann wird sich das Uebrige finden.“ „Nach meiner innigen Ueberzeugung ist das Werk der Canalisation ein Werk von größter Bedeutung für unsere Stadt. Was helfen uns Eisenbahnen und andere Verkehrsmittel, wenn so und so viel Tausende durch schlechte Luft weggerafft werden. Sagen Sie, daß die hier vorherrschenden unerträglichen Verhältnisse beseitigt werden sollen, geben Sie Ihr Ja zur Vorlage und bekunden Sie dadurch Ihren einmüthigen Entschluß zum Handeln, das ist besser als der Rath zur Ausführung.“ Hr. Breitenbach: Hr. v. Winter könne ihm kein anderes Motiv für seinen Antrag unterlegen, als er es ausgesprochen, er wolle die Canalisirung, aber er begreife nicht, weshalb man einem Contrahenten zum Gefallen alles über den Kopf werfen solle. Die Frage sei eine zu wichtige für uns. Als die Wasserleitung beschlossen wurde, kam es zur Sprache, daß damit gleichzeitig auch die Canalisirung ausgesprochen sei, worauf erwiedert wurde, daß unser damaliger Entschluß nicht präjudicirlich sei, und heute haben wir die Canalisirung. — In Bezug auf das Statut sei der von ihm gestellte Antrag ein so konkreter, daß die Regierung unbedingt darauf eine Antwort zu geben im Stande sei; „ist denn Alles vom Zaun gebrochen, was ich sage?“ Es sind Fragen, welche sich die Regierung wohl überlegen wird. Herr v. Winter ist müde, wie wir alle, an dieser Frage, aber wir werden ihm helfen, ein Statut zu entwerfen.“ Bezüglich der Umlegung der Straßen sollen wir über solche große Summen hinwegsehen? Er — Redner — sei damit einverstanden, daß mit 100,000 Thlrn. die Umlegung zu bewirken sei, aber diese Summe zu den andern addirt, gebe eine hohe, eine große Summe. Hr. v. Winter: Es sei ihm nicht eingefallen, die Erklärung des Herrn Breitenbach anders zu deuten als er sie ausgesprochen (daß er ein ehrlicher Anhänger der Canalisirung sei.) Er bleibe aber dabei stehen, daß die Vertagung der Vorlage gleichbedeutend mit der Verneinung sei; einen zweiten Vertrag werde er mit Aird nicht schließen. Aird könne sich zu einer Vertagung nicht verstehen und damit sei von seiner (Redners) Seite auch der Vertagungsantrag beseitigt. Allerdings sei in der Berathung der Wasserleitung gesagt, daß dieser Beschluß für eine Canalisirung nicht präjudicirlich sei, das sei vollkommen richtig, ebenso wie die Entscheidung der heutigen Frage in der Hand der Versammlung liege. Hr. Dr. Lintz: Hr. Breitenbach scheine von der Voraussetzung auszugehen, daß das von ihm beantragte Statut in kurzer Zeit entworfen werden könne; das sei aber nicht der Fall. Das Statut sei im Allgemeinen bald gemacht, solle es aber auch nützlich und zweckmäßig sein, dann müsse man in die Detailfragen eingreifen, und das könne man ohne vorherige technische und zeitraubende Feststellungen nicht. Der Anschlag vieler Häuser an das Siel biete viele Schwierigkeiten, diese müßten ermittelt, erwogen und darnach die Bestimmungen getroffen werden. Daß die Regierung dem Statut, welches der Magistrat entwirft, entgegentreten werde, sei gar nicht abzusehen, die Regierung begünstige unser Unternehmen und werde ihre Genehmigung dazu nicht versagen. Die Vorschüsse, welche den bedürftigen Hausbesitzern zum Zwecke ihres Anschlusses gegeben werden, hätten gar keine Bedeutung, sie influirten auf das Kämmerei-Vermögen gar nicht, weil sie aus dem Anleihe-Kapital gegeben und von den betr. Hausbesitzern verzinst und amortisirt werden. In welcher Zeit die Umlegung des Straßenpflasters erfolgen soll, hänge ganz von uns ab, und hätten die Kosten derselben mit der Anleihe gar nichts gemein, anderenfalls könnten wir die Anleihe auch auf die hiezu erforderliche Summe ausdehnen. Es liege gar kein Grund vor, daß die Regierung uns etwa die Genehmigung versagen könnte, eine Anleihe von 1½ Million aufzunehmen; diese Anleihe sei nicht so hoch und für den Markt so drückend, daß die Regierung befürchten müßte, ihre eigene Anleihe zu beengen. Anderenfalls stehen uns andere Mittel an der Hand, das Geld zu beschaffen. In Bezug der Heranziehung sämmtlicher Bürger zu den Kosten der Canalisirung könne gar nicht darüber gestritten werden, daß der Gläubiger sich an das ganze Kämmerei-Vermögen hält, um event. seine Befriedigung herbeizuführen; etwas anderes sei es, wie wir unter uns die Last vertheilen. Diejenigen Compensationen, welche wir den Vorstädten für ihre Heranziehung zu der Last der Canalisirung gewähren, seien sehr bedeutend, da dieselben nur allein die Kosten ihrer Armenpflege decken, die Unterhaltung der Schulen aber und andere Ausgaben die Stadt tragen müßte. Wenn Jeder nach seinem eigenen Kopf seine Ansichten durchbringen wollte, dann kämen wir nie ans Ziel, „treten Sie in die Berathung und genehmigen Sie den Contrakt.“ Herr v. Kampen ist gegen die Vorlage des Magistrats. Er sei Mitglied der Einschätzungs-Commission und wisse genau, daß die Altstadt nicht im Stande sei, die erforderlichen 32,000 Thlr. aufzubringen. Außerdem sei der Wegfall der Mahl- und Schlachtsteuer zu erwarten

wofür ein Aequivalent geschaffen werden müsse. Er beantragt: Vertagung auf 5 Jahre. Bis dahin werde der Armen-Etat so weit geändert sein, daß wir an die Vorlage gehen könnten. Herr Aird werde sich auch nach dieser Zeit entschließen, mit uns den Vertrag einzugehen, sonst werde sich auch ein anderer Unternehmer finden. Herr Krüger: So weit sein Gedächtniß reiche, sei eine so wichtige Vorlage noch nicht gemacht worden; er beklagt es, daß Herr v. Winter der Versammlung die Alternative, entweder annehmen oder ablehnen, gestellt habe. Seine früheren Bedenken, daß wir zu Gunsten anderer Städte experimentiren würden, seien geschwunden, auch sei er überzeugt, daß Herr Aird nicht viel verdienen werde, er wolle sich bei uns nur den Weg bahnen, aber er befürchte, daß wir die Rechnung ohne den Wirth machen. Wenn wir auf den Vorschlag des Herrn Breitenbach eingehen, kommen wir sicher zum Ziel, und das Projekt werde bei den Bürgern viel besser, auch selbst wenn sich noch größere Kosten herausstellen sollten, aufgenommen werden, wenn erst der Modus zur Deckung derselben gefunden worden; er bitte um eine Vertagung auf 2 Monate. Herr v. Winter: Wenn Herr Krüger für die Canalisirung ist und sich nicht scheut, dafür auch noch größere Kosten aufzubringen, dann wird er der Vorlage auch zustimmen. Ich kann Herrn Aird doch nicht zwingen, uns einen weitern Termin zu bewilligen? Es kann ja ganz gleichgiltig sein, ob wir die Zinsen der Anleihe durch Personalsteuer oder Häusersteuer aufbringen, und ein Statut ist in zwei Monaten nicht herzustellen. Es würde mir außerordentlich leid sein, wenn ich nicht das Ja zur Vorlage erhalte. Herr Breitenbach will ein Statut nur festgestellt wissen, daß die sämmtliche Bürgerschaft moralisch verpflichtet sei, die Lasten der Canalisirung zu tragen. Herr Dr. Lintz: Herr Breitenbach habe ihn durch diese Erklärung beruhigt, aber damit sei gar nichts gethan, denn der Anschluß an das Sielsystem verstehe sich ganz von selbst. Daß Herr Aird, welcher viele derartige Unternehmungen habe, sich auf viele Monate hinaus binden sollte, sei nicht anzunehmen, und so günstige Bedingungen, wie Aird uns geboten, wird uns kein anderer Unternehmer zu machen den Muth haben. Die Bedenken wegen Aufbringung der Zinsen für die Anleihe seien nicht so schlimm, da sie nach der Steuerfähigkeit zur Hebung kommen, und die ärmern Klassen würden immer damit verschont bleiben, wollten wir auch irgend einen andern Modus zur Erhebung wählen. Herr Dr. Liévin ist überzeugt, daß die Umlegung des Straßenpflasters selbst in 20 Jahren nicht beendigt sein wird, da zuvörderst sämmtliche Vorbauten beseitigt sein müßten, und die Kosten dieser Umlegung möchte er unter keinen Umständen zur Canalisirung ziehen. Bezüglich der Beitragspflichtigkeit derjenigen Stadttheile, welche nicht in das Sielsystem hineingezogen werden, neige er sich der Ansicht des Magistrats zu und werde demnach der Vorlage sein Votum geben. Er habe nicht den Muth, auch nur für eine Stunde die Vertagung zu befürworten. Herr Biber: Da Herr Breitenbach erklärt habe, Anhänger der Canalisirung zu sein, so werde er sich zur Bejahung der Magistratsvorlage auch dann bereit finden, wenn seine Anträge fallen sollten. Ein Zweifel, daß die Regierung unser Statut nicht bestätigen werde, liege gar nicht vor; ein Statut jetzt schon zu entwerfen, sei nicht räthlich, er verweise auf das Statut für die Trottoirlegung; dasselbe werde und könne nicht nach seinen Festsetzungen gehandhabt werden und sei ein beredtes Zeichen, daß Umstände vieles ändern. Herr Breitenbach will die Kosten der Umlegung der Pflasterung mit in die Anleihe hineinziehen. Wir stehen aber nicht vor der Anleihefrage, sondern vor der Frage, ob wir die Magistratsvorlage annehmen oder nicht. Er glaube auch, daß die jährlichen Kosten selbst 40,000 Thlr. übersteigen werden, aber er habe sich gesagt, daß die Commune auch diese Kosten tragen könne. Er halte den Breitenbach'schen Antrag für eine Cabinetsfrage, da er indeß die Ueberzeugung habe, daß die Regierung sich nicht weigern werde, unser späteres Statut zu genehmigen, so gehe er heute darüber hinweg, weil wir es auch noch immer in der Hand haben werden, den Modus der Erhebung zu wählen. Herr Gronau für die Canalisation und gegen v. Kampen. Die Altstadt, deren Bewohner er ebenfalls sei, würde ca. 3000 Thlr. zu zahlen haben, und einen gleich hohen Betrag zahlt sie heute für die Abfuhr; sie würde also durch die Canalisirung noch immer einen Gewinn haben. Er sei gerade nicht für den obligatorischen Anschluß, weil er annehme, daß die Hausbesitzer die Nützlichkeit der Canalisirung einsehen und ihren Anschluß mit Hilfe der ihnen in Aussicht gestellten Vorschüsse selbst bewirken werden. Herr Gronau bittet, die Vorlage anzunehmen. Herr J. C. Krüger: Ich will zuvörderst die Opfer näher kennen, welche wir dem Projekt zu bringen haben, ich will mir erst ein Bild machen, ob die Opfer gebracht werden können. Durch die Annahme des Breitenbach'schen Antrages würden wir nur das nachholen, was wir bisher zu thun versäumt haben. Die Pflasterung der Straßen gehört positiv mit zur Canalisation, weil die Trummen beseitigt werden müssen und eine Nivellirung der Straßen eintreten muß. Es ist nöthig, die dazu erforderlichen 20,000 Thlr. sofort in die Hand zu nehmen, und bevor ich nicht weiß, woher ich die Deckung nehme, kann ich als Vertreter der Stadt meine Sequestrirung der Vorlage nicht geben. Hr. Breitenbach: Bis jetzt habe er nur einen Anhänger für sein Projekt gefunden (Krüger), aber vielleicht gewinne er noch Herrn Biber, dieser habe sich ihm schon etwas näher gestellt. Er hoffe ebenfalls, daß die Regierung dem Statut die Genehmigung nicht versagen werde, sonst würde er nicht schon heute den Antrag gestellt haben, dieselbe um ihre Genehmigung anzugehen. Herr Steffens hält die Frage für eine rein finanzielle. Er habe sich die Frage vorgelegt, ob die Wasserleitung und die Canalisation eine gute Wirkung haben werde, und wenngleich er nicht die Ueberzeugung habe, daß er damit 5000 Todte retten könne, so glaube er doch an die guten Erfolge. Für ihn liege aber diese Frage hauptsächlich so: „ist die Kommune im Stande, die Kosten zu tragen?“ und diese müsse er verneinen. Die jährlich aufzubringenden Kosten werden sich auf ca. 50,000 Thlr. belaufen, wodurch die Steuer um 150 pCt. erhöht werden müsse. Aus diesem Grunde halte er sich für nicht berechtigt, der Vorlage zuzustimmen. Ein Hauptgrund, die Vorlage zu verwerfen, liege aber darin, daß wir keine obligatorische Verpflichtung zum Anschluß hätten, und deshalb werde die Anlage ein Luxusbau. Bezüglich der von Aird zu leistenden Kaution finde er den Vertrag ungünstig gefaßt; demselben müßten die ersten fälligen 50—100,000 Thlr. als Kaution einbehalten werden. Herr Dr. Lintz erwiedert Herrn Steffens, daß nach der Bestimmung des § 16 des Vertrages dem Aird monatliche Abschlagszahlungen bis zur Höhe von 90 % der gelieferten Arbeiten und Materialien gezahlt und 10 % als Kaution zurückbehalten werden. Herr Bischoff: Er habe mit andern Stadtverordneten die Vorlage nach bestem Gewissen geprüft, dabei die Veranschlagungen des Magistrats höher bemessen und die von ihm veranschlagten Einnahmen niedriger gegriffen und dabei gegen eine jährliche Ausgabe von 81,000 Thlrn. eine Einnahme von 40,000 Thlrn. ermittelt, so daß sich die jährlichen Kosten auf 41,000 Thlr. herausstellen würden. Er könne versichern, sehr vorsichtig dabei verfahren zu sein. Herr Dr. Piwko erklärt, daß er sich früher nicht so sehr für das Projekt habe enthusiasmiren können und weit hinter Herrn Breitenbach gestanden habe, der dem Projekt von je her geneigter gewesen. Er — Redner — sei ihm gefolgt und jetzt sei er ihm ein paar Nasenlängen voraus. Er mache jetzt auf ihn Jagd und bitte ihn, seinen Antrag fallen zu lassen, damit nicht durch Vertagung das ganze Projekt fällt. Unsere Verhältnisse seien derart, daß sie nicht so bestehen bleiben können, sie müssen geändert werden, aber es gebe kein anderes Aequivalent, welches der Canalisirung an die Seite gesetzt werden könne. Genehmigen wir den Vertrag nicht, dann werden wir ein Tonnensystem bekommen, welches bedeutend mehr kostet. Bedenken Sie die Tragweite des Breitenbach'schen Antrages, es heißt Sanctionirung der bestehenden Verhältnisse. Es gehöre Muth dazu, Ja zu sagen, aber noch mehr Muth, Nein zu sagen. Hr. Breitenbach: Es gehöre durchaus kein Muth dazu, zur Vorlage Nein zu sagen, aber wer der Frau es versprochen hat, für die Canalisirung zu stimmen, und nach Hause kommt, ohne dies gethan zu haben, dazu gehört Muth. Hr. v. Winter will sich gegen den Vorwurf — welcher außer der Versammlung laut geworden — verwahren, daß diese Angelegenheit nicht genügend vorbereitet sei. Wenn irgend etwas zur Vorberathung geschehen ist, so ist es in dieser Sache geschehen. Er habe in der letzten vorberathenden Versammlung gefragt, ob noch Vorberathungen zu treffen seien, und Niemand habe ihm geantwortet. Man könne nicht alle Menschen beim Leben erhalten und für das einzelne Leben unerschwingliche Opfer bringen, aber einen Zustand müßten wir schaffen, unter welchem sich das Wohlbefinden eines jeden Einzelnen bewegt. Er sei nicht der Ansicht, daß kein Muth dazu gehöre, sein Votum abzugeben. Es gehöre dazu der ganze Mannesmuth, und der besteht darin, daß Jeder sein Votum zu verantworten habe. Er werde erstaunt sein über den Muth, der Vorlage nicht zuzustimmen. Herr Matzko will der Vorlage zustimmen, aber dem Vertrage eine Clausel zufügen, nach welcher der Stadt eine Controlle der Ausführung des Projekts zustehe. Er wünsche, daß dazu eine Commission aus 5 Mitgliedern eingesetzt werde, welche gleichzeitig auch die im Vertrage aufgeführten Modifikationen des Wiebe'schen Projekts prüft und deren Ausführung beaufsichtigt. Hr. v. Winter bittet Hrn. Matzko, den Antrag zurückzuziehen, derselbe beruhe auf einem unbegründeten Mißtrauen. Der Magistrat sei die repräsentirende Behörde und habe die Vertretung nach Außen; dem Magistrat liege es aber fern, die Thätigkeit der Baudeputation zu schmälern. Hr. Matzko könne versichert sein, daß seinen Wünschen gemäß gehandelt werden wird. — Es wird der Antrag auf Schluß eingebracht. Derselbe wird bei der Abstimmung mit großer Majorität abgelehnt. Hr. Mischke erklärt sich für die Vorlage. Hr. Breitenbach: Wenn Herr v. Winter sagt, er werde über den Muth desjenigen staunen, welcher zur Vorlage „Nein“ sagt, so ist dies eine Pression. Dann existirt nur eine Meinung und das ist die des Hrn. Ober-Bürgermeisters und die andern sind unvernünftig. — Auf der Tribüne: „O!“ Hr. v. Winter: Er glaube die Antwort bereits aus dem allgemeinen „O“ der Versammlung entnommen zu haben. Wenn Herr Breitenbach glaube, ihn zum zweiten Male in dieser Weise rectificiren zu müssen, so habe er nichts dagegen. Hr. Mischke wiederholt seine bereits in der vorberathenden Versammlung gestellten Anträge auf Abänderung resp. Erweiterung des Contrakts bezüglich der Gasröhren und der Caution des Hrn. Aird. Hr. Biber: So wohlgemeint und berechtigt die Vorschläge des Hrn. Mischke seien, so könnten dieselben doch nicht geeignet scheinen, uns vor Chikanen eines Rabulisten zu schützen, wogegen jeder ehrliche Mann sich an dem Wortlaut des Contrakts gebunden halten werde. Er bittet den Antrag abzulehnen. Hr. Kirchner: Seien Sie für die Vorlage, es ist der billigste Weg, den wir wählen. — Hr. Mischke zieht seinen Antrag zurück. Hr. Bischoff: Er habe zu constatiren, daß Niemand der Nützlichkeit der Canalisirung entgegengetreten ist. Der Kostenpunkt könne hier nicht überwiegend in Anschlag gebracht werden. Wenn er sich sage, daß wir durch Ausführung des Projekts die Wohnungen trocken legen und die Gesundheitsverhältnisse verbessern, so halte er es für seine Pflicht der Vorlage zuzustimmen. Wir sehen das Gedeihen der Stadt gehemmt durch das Uebermaß von Krankheits- und Todesfällen, die sie jährlich zu ertragen hat, und finden andererseits in den durchgreifenden Gesundheitsmaßregeln, welche hier der Stadt zur Annahme empfohlen werden, die Mittel, durch welche Leben und Gesundheit mit allen ihren Annehmlichkeiten möglichst erhalten werden können. Er sei weit entfernt, zu glauben, daß sich unsere Sterblichkeitsziffer so bedeutend wie in England bei Einführung der Canalisirung reduciren werden, er hoffe indeß jährlich 2—300 Menschenleben zu erhalten. Ferner wurden weniger Kranke in den Krankenhäusern sich befinden und weniger Armen-Unterstützungen zu zahlen seien. Große Unternehmungen lassen sich nicht ohne große Opfer ausführen, und so dürfen wir auch nicht vor der großen Summe der Kosten zurückschrecken. Seien Sie für die Vorlage und die Einwohner werden uns einst danken. Stimmen sie dem bei, was für unsere Stadt eine Nothwendigkeit ist. Herr v. Kampen zieht seinen Antrag zurück, ebenso Herr Matzko. Bei namentlicher Abstimmung wird der Breitenbach'sche Antrag mit 37 gegen 21 Stimmen abgelehnt und die Magistrats-Vorlage mit 36 gegen 22 Stimmen angenommen. Gegen die Vorlage des Magistrats stimmten: die Herren Faltin, Friedrich, Gamm, Grabo, Hybbeneth, Jobelmann, v. Kampen, Karl, Kass, J. C. Krüger, Kuhl, Link, Prutz, Roepell, Rohloff, Rompeltin, Schmitt, Schwarz, Steffens, Suffert, Behlow und Wolffsohn.

— Gasbeleuchtung besaßen in der Provinz Preußen Ende 1868 16 Städte, also von den vorhandenen 121 Städten 13_2 pCt.; aus den 50er Jahren stammen nur die Anstalten zu Danzig, Elbing, Thorn, Tilsit; die übrigen sind sämmtlich erst in den 60er Jahren, meist erst 1867 entstanden; die größten Fabriken sind die zu Königsberg ($77,_7$ Mill. Kubikf.-Produktion, 22,000 Flammen, 400,000 Thlr. Anlagekapital), zu Danzig (60 Mill. Kubikfuß Produktion, 300,000 Thlr.) Unter den Gasanstalten sind 11 kommunale, 3 private. Der Betrieb geschieht durchweg mit englischen Steinkohlen. Außer den Städten haben noch die Bahnhöfe in Dirschau und Eydtkuhnen (430 Flammen) eigene Anstalten.

— Die Salzsteuer-Einnahme im Zollverein pro 1868 berechnet sich auf 8 Sgr. $1,_{03}$ Pf. pro Kopf der Bevölkerung.

— Nach den beim Ober-Kommando der Marine eingegangenen Nachrichten ist S. M. S. „Medusa“ am 23. Februar d. J. auf der Rhede von Batavia angekommen.

— Nach den gesetzlichen Bestimmungen sollen bekanntlich die Reservisten und Wehrleute des ersten Aufgebots für den Fall der Einberufung zu den Fahnen in so viele Klassen getheilt werden, wie Jahrgänge vorhanden sind. Was die Reclamationen betrifft, so ist neuerdings bestimmt worden, daß häusliche, gewerbliche und Familienverhältnisse nur dann ausnahmsweise berücksichtigt werden können, und zwar insoweit, als durch dieselben vorübergehend die einstweilige Zurückstellung eines Mannes hinter die siebente Klasse des ersten Aufgebotes der Landwehr bedingt werden kann. Die so gebildete Klasse der Unabkömmlichen kann Mannschaften aller Jahrgänge der Reserve und Landwehr ersten Aufgebots enthalten, welche sich eben so wie die Abkömmlichen rangiren und auf die nur dann nach Maßgabe des Bedarfs zurückgegriffen wird, wenn die vorhergehenden Klassen erschöpft sind. Die schriftlichen Reclamationsgesuche Derer, welche als unabkömmlich gehalten zu werden Anspruch erheben, müssen bei den Ortsbehörden abgegeben werden, die sie begutachtend weiter senden. Die Entscheidungen gelten jedoch nur bis zum nächsten Classificatione-Termine, sofern nicht bei der erneuerten Prüfung sich ergiebt, daß des Reclamanten Verhältnisse, durch welche die Zurückstellung begründet worden, in unveränderter Weise fortbestehen.

— An Stelle des nach Rosenberg versetzten Justiz-Raths Bluhm ist der Rechtsanwalt und Notar Goldstandt zu Rosenberg in gleicher Eigenschaft hierher versetzt worden.

— Am 12. April beginnt die diesjährige zweite Schwurgerichts-Periode. Zum Vorsitzenden des Schwurgerichts ist der Herr Kreisgerichts-Direktor Rhenius ernannt.

— Zum Jubiläum des Papstes wird ein päpstliches Breve (Erlaß) veröffentlicht, in welchem es heißt: .... Wir wollen allen und jeden Christgläubigen beiderlei Geschlechts, welche in diesem Jahre am eilften Tage des Monats April in irgend einer Kirche oder einem Oratorium der heiligen Messe beiwohnen, wahrhaft reuig beichten und die Tröstungen der heiligen Kommunion empfangen und für die Bekehrung der Sünder, für die Ausbreitung des katholischen Glaubens und für den Frieden und den Triumph der römischen Kirche fromme Gebete zu Gott senden, vollständigen Ablaß und Vergebung aller ihrer Sünden barmherzig in dem Herrn gewähren und auch auf die Seelen der Christgläubigen, welche mit Gott in Liebe verbunden aus diesem Leben geschieden sind, durch Fürbitte Anwendung finden lassen.

— Der vor einigen Tagen gemeldete Diebstahl an Negretti-Böcken auf dem Gute Karbowo ist durch

einen Fleischer aus der Stadt Neumark in Gemeinschaft mit einem Bauern aus dem Dorfe Neßberg verübt worden. Die Thiere haben sie geschlachtet und das Fleisch verkauft. Der Bauer soll zahlungsfähig sein.

— Soeben hatten wir einen gemüthserregenden Anblick. Die beiden muthigen Pferde vor der eleganten Equipage des Herrn Brauereibesitzers Fischer aus Neufahrwasser wurden an der Ecke der Wollwebergasse scheu und liefen mit solcher Vehemenz in die beiden Schaufenster des Fünkenstein'schen Garderoben-Geschäfts, daß sie mit den blutenden Vordertheilen ihrer Körper sich zwischen Glasscherben, Tuchstoffen und zerbrochenen Holzrahmen im Laden befanden, während die Hinterfüße an den zerrissenen Leinen und der Deichsel auf der Straße standen. Es kostete viele Anstrengung, die beiden prachtvollen Füchse, welche an vielen Stellen abgeschunden und verwundet waren, aus dieser peinlichen Situation zu befreien.

Stadt-Theater.

Gestern hatte unser Theater-Publikum die Freude, einen gefeierten Liebling aus früherer Zeit, Herrn **Ewald Grobecker** vom Hof-Theater in Wiesbaden, wieder zu sehen. Derselbe trat auf als „Schummrich" in dem Benedix'schen Lustspiel: „Die zärtlichen Verwandten" und bewies, daß noch immer der Quell einer gesunden Komik lebendig in ihm sprudelt, aber nicht nur dies, sondern auch, daß die seltene Naturbegabung des Künstlers durch einen unausgesetzten ernsten Fleiß Alles erreicht hat, was zu nachhaltigen Erfolgen nöthig ist. So überschreitet denn auch die Fülle strömender Kraft in ihm, obgleich sie zuweilen den Anschein des Ueberflusses anzunehmen Miene macht, keineswegs ihre Ufer, die Gesetze der Schönheit walten in ihr und zeigen ihre herrschende Macht. Herr **Grobecker** wurde vom Publikum in sehr hervorragender Weise ausgezeichnet. Neben der eminenten Leistung unseres geschätzten Gastes, dessen Meisterschaft durch eine eben so feine als ergötzliche Behandlung seiner Parthie die Vorstellung beseelte, war auch die Besetzung der übrigen Rollen sorgfältig und ihre Durchführung vortrefflich. So nennen wir zuerst Frau **Spitzeder**, welche als Blaustrumpf Ulrike in charakteristischer Maske sich durch ihr ausgezeichnetes Spiel ein besonderes Verdienst um den durchschlagenden Erfolg der gestrigen Aufführung erwarb; ferner gab Frl. **Reichmann** die zum Aschenbrödel herabgedrückte, zartfühlende Thusnelda mit hinreißender Innigkeit; auch Fräul. **Lehmann** als muntere Ottilie ließ ihrem Humor die Zügel schießen und hätte durch ihr lebensfrohes Wesen auch den größten Hypochonder für sich enthusiasmiren können. Obgleich Frl. **Jenke** als nicht altern-wollende Kokette sich in einer für sie ganz neuen Sphäre befand, so wußte sie sich mit ihrer Parthie doch nach Möglichkeit abzufinden. Von den Herren müssen wir wie immer Hrn. v. **Ernest** volle Anerkennung zollen, der sich wie die Herren **Bauer** und **Richard** um das Gelingen des Ganzen ebenfalls sehr verdient machte. Das Theater war in Betreff der „stillen Woche" sehr gut besetzt — ein ehrendes Zeichen für unsern geschätzten Gast.

Vermischtes.

— [**Die Vervollkommnung der Telegraphie**] schreitet von Tag zu Tag fort. Kaum, daß wir aus Amerika von einer neuen Erfindung gehört haben, welche es ermöglichen soll, daß zwei Ströme gleichzeitig nach verschiedenen Richtungen durch ein Kabel gehen, macht ein Engländer Anspruch auf die gewiß nicht minder wichtige Erfindung einer wirksamen unterirdischen Telegraphenleitung ohne eigentliches Isolirmaterial. Vor den jetzt gebräuchlichen Leitungen soll die neue Erfindung sich durch größere Sicherheit gegen Einflüsse von Wind und Wetter, vor unterirdischen Leitungen mit Gutta-Percha- und Kautschuck-Isolirung durch größere Wohlfeilheit und Wirksamkeit auszeichnen.

— In der Zuchthauskapelle zu Münster passirte jüngst ein eigenthümlicher Vorfall. Durch die Predigt des Geistlichen fühlte sich nämlich ein Züchtling betroffen, stand auf und moquirte sich laut gegen die gemachten Vorhaltungen. Seinem Beispiele folgte ein Zweiter, ein Dritter, Vierter und noch mehre, so daß das Einschreiten der Wache erforderlich wurde, um die Ruhe wiederherzustellen.

— Ein indischer Fürst, der Newab Nazim von Bengalen, hat vor Kurzem, begleitet von zwei seiner Söhne und seinem Secretair, von Calcutta aus die Reise nach England angetreten. Die indische Regierung hat Sr. Hoheit nicht allein die Dienste eines britischen Obersten, sondern auch die artige Summe von 400,000 Rupien (266,666⅔ Thlr.) für die nöthigen Reisebedürfnisse zur Disposition gestellt. Die Ueberfahrt via Marseille für den Fürsten und sein Gefolge soll allein 30,000 Rupien gekostet haben.

— Mexicanischen Zeitungen zufolge existirt in den Bergen von Ilitia eine giftige Höhle, deren böse Luft jedes lebende Wesen tödtet, das sich in dieselbe hineinwagt. Jüngst soll ein Indianer schon gestorben sein, nachdem er erst einen Fuß in die Höhle gesetzt hatte.

— [**Eine junge Dame in Chicago**] hat einen neuen Zweig weiblicher Industrie entdeckt. Sie macht in den Zeitungen bekannt, daß sie „jungen Herren, welche sich in Gesellschaft des schönen Geschlechts unsicher fühlen und schüchtern sind, Unterricht in Etiquette und der Art und Weise, wie mit Damen zu verkehren, ertheilt." Rathschläge an Liebhaber und solche, die es werden wollen, sind extra zu honoriren. Wie es heißt, hat sie sich eines starken Zuspruches zu erfreuen.

[Eingesandt.]

Nun, es ist geschehen: die „Canalisirung" ist genehmigt, aber doch gegen eine ganz ansehnliche, respectable Minorität. Bei so wichtigen Dingen sollte, wie bei wichtigen parlamentarischen Abstimmungen, nicht die einfache Majorität, sondern ⅔ entscheiden, oder die Sache müßte, wie in England, drei Lesungen passiren. Wären hier ⅔ erforderlich gewesen, so wäre die Sache gefallen. Jetzt aber ist sie genehmigt und damit zugleich Alles, was drum und dran hängt und als dickstes Ende noch hinten nachkommen wird. Die die Sache betrieben und dafür gestimmt, haben es sicher im guten Glauben und in der festen Ueberzeugung gethan, der Stadt Segen zu bereiten. Es kann jetzt nur der Wunsch Aller sein, daß nicht das Gegentheil daraus werde. Die Charwoche ist schon mehrere Male für Danzig verhängnißvoll gewesen. Auch diese Abstimmung von furchtbarem Gewicht und ungeheurer Tragweite geschah in der Charwoche. Möchte dies **kein** böses Omen sein!

Meteorologische Beobachtungen.

23	4	338,59	+ 1,9	NNO. frisch, bedeckt.
24	8	338,19	0,3	do. mäßig, do.
	12	338,12	1,7	do. flau, do.

Markt-Bericht.

Danzig, den 24. März 1869.

Bei schwacher Kauflust sind am heutigen Markte 90 Last **Weizen** zu möglichst unveränderten Preisen abgesetzt worden. Feiner glasiger 138 . 133/34 . 131/32℔. erreichte fl. 510; weißer 127/28 . 128/29℔. fl. 510. fl. 507½; hochbunter 130 . 128/29℔. fl. 505 . 500; bunter 134℔. fl. 490; hellbunter 130/31℔. fl. 487½; gewöhnlicher 127 . 126℔. fl. 460 . 456 pr. 5100 ℔.

Roggen in kleinen Partien bedang letzte Preise; 130℔. fl. 370; 128 . 125℔. fl. 366 . 363 pr. 4910 ℔. Umsatz 25 Last.

Gerste große 107℔. fl. 338; kleine 109℔. fl. 336 pr. 4320 ℔.

Hafer fl. 204 pr. 3000 ℔.

Wicken fl. 402 . 390 . 378 pr. 5400 ℔.

Kleesaat weißes Thlr. 13½; rothes Thlr. 12½ pr. 100 ℔. verkauft.

Thimothee Thlr. 7½ Brief.

Petroleum ab Neufahrwasser loco pr. 100 ℔. Thlr. 8⅓ Brief; Thlr. 8¼ bez.

Liverpooler Siedsalz ab Neufahrwasser unverzollt pr. 125 ℔. Netto incl. Sack 18 Sgr. Br., 17½ Sgr. Geld.

Heeringe unverzollt pr. Tonne: crownfullbrand Thlr. 15⅝ Br., crown Ihlen Thlr. 9½—10 Br., Thlr. 9½—9⅝ bez., Großberger Original Thlr. 4½—4¾ Br.

Kohlen doppelt gesiebte Nuß- u. Maschinen-, Thlr. 14 bez.

Englisches Haus.

Lieutenant a. D. Jacobsen n. Gattin a. Bojahren. Kaufmann Blineau a. Nantes.

Walters Hotel.

Rittergutsbes. Schönlein a. Reckau. Gutsbes. v. Gosk a. Seyde. Die Kaufl. Hirsch a. Berlin u. Jacobsohn n. Sohn a. Berent. Frl. v. Windisch u. Frl. v. Zastrow a. Lappin.

Hotel de Berlin.

Die Kaufl. Zobel a. Berlin, Lieder a. Hamburg u. Longtief a. Bromberg.

Hotel du Nord.

Die Rittergutsbes. Jochheim n. Fam. a. Kokau, v. Tevenar n. Fam. a. Saalau, Heine a. Stangenberg u. Heine a. Felgenau. Die Kaufl. Münch a. Rheydt, Will u. Joel a. Berlin u. Brosent a. Cöln.

Schmelzer's Hotel zu den drei Mohren.

Rittergutsbes. Wisselink a. Taschau. Rentier Berger a. Marienwerder. Pfarrer Heilborn a. Memel. Die Kaufleute Kuhn a. Berlin, Wiese a. Leipzig, Kimpel a. Mannheim u. Burchard a. Neu-Stettin. Fabrikant Wichmann a. Cöln a. R.

Hotel de Thorn.

Rittergutsbes. Hauptm. v. Koß n. Fam. a. Mendritz. Kgl. Ober-Amtmann Bieler a. Bankau. Die Lieuts. Schmidts a. Herrengrebin, A. Mix u. G. Mix a. Kriefkohl, E. Wessel a. Stüblau u. Burandt a. Groß-Trampken. Die Gutsbes. Carl Wessel a. Stüblau, Mix u. Philipsen a. Kriefkohl, Ziehm a. d. Werder, Wiebe a. Woglaff u. Götz a. Königsberg. Oberschulz Heine a. d. Werder. Marine-Zahlmeister Piel v. d. „Arcona". Frau Kr.-Ger.-Räthin Hartmann n. Sohn a. Conitz. Fabrikant F. W. Schulze a. Berlin. Die Kaufleute Baumgarten a. Breslau u. Neumüller a. Düsseldorf.

Hotel d'Oliva.

Die Rittergutsbes. Hirschmann a. Johannisdorf u. Müller a. Neuguth. Versich.-Insp. Kranz a. Berlin. Die Kaufleute Kuß a. Bremen u. Schmidt a. Berlin. Mühlenbes. Kohnert a. Thorn.

Verantwortliche Redaction, Druck und Verlag von **Edwin Groening** in Danzig.